

lieh jenem König die deutsche Kaiserkrone anzubieten, da sonst die anderen Fürsten oder sogar der Reichstag es tun würden ... So gebietet es das Interesse, wenn die übrigen Fürsten oder gar das Volk von mir überflügelt werden.“

Bismarck schrieb bezüglich der deutschen Kaiserfrage: Es „ist nach meinem ehrfurchtsvollen Ermessen vor allem wichtig, daß deren Anregung von keiner andern Seite wie von Eurer Majestät und namentlich nicht von der Volksvertretung zuerst ausgehe“.

Und Ludwig erklärte dann, daß es ein erhebender Gedanke für ihn sei, daß er zur Krönung des deutschen Einigungswerkes den ersten Schritt tun könne.

Allerdings muß man sagen, daß Bismarck es immerhin dem bayerischen König erlaubte, das Gesicht zu wahren. Damals gab es allerdings noch nicht die Bild-Zeitung oder den „Spiegel“.

(Beifall bei der PDS)

Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:

Ich rufe jetzt von der Fraktion der Liberalen den Abgordneten Ortleb auf.

Prof. Dr. Ortleb für die Fraktion Die Liberalen:

■ Meine Damen und Herren! Einheit - Beitritt - Wahlen, das sind drei Stichworte, um die wir hier ringen, sie zu sortieren. Ich muß Ihnen sagen, ein bißchen ärgert es schon die Liberalen, wenn man hier offenbar im Hohen Hause meint, erst müsse mal jede Fraktion den Antrag auf Beitritt gestellt haben, ehe wir dazu kommen können. Noch vor wenigen Tagen, würde ich sagen, im Juli, waren wir das Parlamentshackhuhn dafür, daß wir auf die Idee kamen, zur Frage Wahl auch die Frage Beitritt zu stellen, und da galt es als gar unziemlich, daß man Wahl und Beitritt in einem Atemzuge nennt. Umso mehr freut mich in der Begründung der CDU: Eine Trennung zwischen dem Wahltermin und dem Beitrittstermin ist nicht sinnvoll. Ich danke schön. Das steht dort immerhin!

(Beifall bei den Liberalen)

Das war vor nicht einmal drei Wochen eine Alberei der Liberalen, die man sogar in einem Zwischenruf als liberaler Zirkus bezichtigt hat. Nun gut, man kann auch neu denken. Man hat uns damals auch Scheinheiligkeit vorgeworfen, und ich darf heute noch einmal darauf zurückkommen, um die Scheinheiligkeit heute heilig zu sprechen, denn offenbar hat man erkannt, so wie es in unserem Antrag formuliert war, daß Beitritt und Wahl zusammengehören. Ad eins möchte ich das feststellen. Zweitens war in dem Antrag, der von der SPD mitgetragen wurde, klar formuliert, daß auch ein Wahlvertrag dazugehört. Man hatte sich sehr gescheut, das Wort in diesem Text überhaupt zuzulassen. Herr Schäuble hat es einen Tag später ungeniert ausgesprochen. Und letztlich darf auch nicht vergessen werden, an einen Einigungsvertrag und einen geordneten Haushalt zu übergeben, daran hatten wir durchaus gedacht. Das stand auch im Antrag drin.

Nun muß ich natürlich fragen, wie paßt das zusammen mit dem Eigenlob der Regierung, was im 3. Absatz der Begründung des Antrages steht, die Regierungsarbeit hat sich von Anfang an ... usw. Sie können selbst nachlesen, wenn man zugleich heute vernimmt, daß es in der Regierung offenbar nicht recht in Ordnung ist. Man hat das Tischtuch zerschnitten, würde ich denken, und eine ziemlich asymmetrische Bewertung der Arbeit der Ministerien vorgenommen, was Kollegen der SPD sicherlich mit Schmerzen zur Kenntnis genommen haben.

(Beifall bei der SPD und bei den Liberalen)

Warum haben wir heute beispielsweise als Liberale Fraktion dagegen gestimmt, die Frage von Ausgleichszahlungen, resultierend aus Reparationen, mit in die Tagesordnung aufzunehmen und hier zur Debatte zu bringen? Kollegen von der PDS, das

ist ganz einfach. Wir streben eine schnelle staatliche Einheit an. Wer zahlt dann wem, wenn ja, warum, den Ausgleich, wenn man fordern kann, daß dann natürlich die entwicklungsbedürftigen neuen Bundesländer auf einem anderen Tisch gesehen werden müssen als jetzt?

Dann macht uns noch Sorgen, daß offenbar im Parlament soziale Marktwirtschaft großgeschrieben wird. Wir sind nicht so sicher, ob es auch immer im Kabinett so geht.

Was die Dynamik des Prozesses angeht, möchte ich sagen, am 9. November vorigen Jahres ist aus der deutschen Badewanne der Stöpsel gezogen worden. Auf gut Deutsch: Da war die Mauer offen. Und ab da lief die Dynamik.

Und dann gab es einen 1. Juli, gesetzmäßig, von uns unterstützt und erwartet, und dann hat man das Recht darauf, daß auch ein nächstes Datum sehr wohl fixiert und genannt werden kann, und daß man nicht vorschützt, Verhandlungsspielraum zu haben, den man eh nicht mehr hat. Dies zur Kritik des heutigen Tages.

(Beifall bei den Liberalen und bei der SPD)

Denn was wir jetzt machen, meine Damen und Herren, ist Sozialismus mit Westgeld. Und das geht nicht. Marktwirtschaft ist etwas anderes. Man kann nicht A sagen und dann ein bißchen B. Das wird ein ziemliches Stottern im Sinne von bbb. Und Absichten zu erklären, das macht unserer Ansicht nach keinen Sinn. Die Zeit ist einfach reif dafür, daß man sagen muß, man tritt bei oder nicht.

(Beifall bei den Liberalen)

Die Absicht zu erklären, das ist wieder so eine Ausrede, wo man uns wohl kaum in unserem Lande verstehen wird, zumal ich dazu sagen muß, andere haben schon darauf angespielt, es gibt durchaus - ich wurde im Interview gefragt: Gibt es noch politische Witze in der DDR? - ich war etwas verlegen, mir fiel wirklich keiner ein, jetzt weiß ich einen, - es gibt durchaus einen, der geht so, daß ein Kabarett bei uns Pleite gemacht hat, weil das Fernsehen donnerstags und freitags interessanter wäre. Nun kann jeder denken, was gemeint ist.

Frau Minister Hildebrandt hat heute gesagt, es geht nicht so. Tatsächlich, es geht nicht so. Und weil es nicht so geht, müssen wir aufhören, Identitäten retten zu wollen, die längst im Bewußtsein des Verständnisses von fünf neuen Bundesländern liegen, die nämlich ihre Identität als Sachsen, Thüringen usw. mitbringen werden.

Außerdem, in der Verhandlung zwischen Bundesrepublik und Noch-DDR frage ich: Woher kommt eigentlich die Feindseligkeit oder die Position, daß man eine Festung verteidigt gegen den anrückenden Feind? Die Festung ist verloren, und nun verteidigen wir. Nein, man muß aufeinander zugehen, von beiden Seiten. Und mir macht große Sorgen, und meinen Kollegen von der Fraktion ebenso, ob diese Kammer überhaupt noch in der Lage sein kann, die Einheit zu vollziehen.

Ich bin gestern von Journalisten gefragt worden, warum wir heute keinen eigenen Antrag einbringen. Schlicht und einfach, wo kann der Unterschied des Antrages nur sein? Wir könnten auch noch ein Datum nennen, wieder ein anderes. Und wenn es nur darum geht, daß jeder ein anderes Datum nennt, dann frage ich mich, wo finden wir mal die zwei Drittel, die dann die Hand heben, wenn es darum geht, die Verfassungsänderung, die ja der Beitritt nach Artikel 23 bedeutet, zu vollziehen? Wenn wir uns vorher so perfekt zerstritten haben, dann frage ich mich, haben wir unsere Aufgabe überhaupt erfüllt? Und man darf auch die Ehesache Deutschland nicht als ein Spielfeld eines linken und rechten Advokaten sehen, die hier die juristische Szene beleben wollen,

(Beifall bei den Liberalen und bei der SPD)

sondern nein, wir haben in diesem Hause wohl genügend Pfarrer, daß die Trauung vollzogen werden kann.

(Heiterkeit und Beifall, vor allem bei der SPD und bei den Liberalen)